

MAIN-Post  
1.08.1986

ASJ beklagt den Zusammenhang:

## Arbeitnehmerrecht und Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) veranstaltete zusammen mit der DGB Studentengruppe einen Vortragsabend, bei dem Professor Wolfgang Däubler aus Bremen sprach. Der Referent beschäftigte sich mit dem Abbau der Arbeitnehmerrechte im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit.

Das Widerstandspotential der Beschäftigten sei gesunken, bestehende Rechte würden aus Angst um den Arbeitsplatz nicht mehr wahrgenommen. Dies alles schwäche die Position von Betriebsräten und Gewerkschaften, stellte Däubler fest. So entständen schon bei gleichbleibender Rechtslage schlechtere Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer.

Dazu bewirke die gesellschaftlich

nicht kontrollierte Einführung neuer Technologien am Arbeitsplatz und die Überwachung der Arbeit durch Personalinformationssysteme eine weitere Schwächung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen. Dieser Entwicklung werde nun nicht etwa durch den Gesetzgeber gegengesteuert, dieser verstärke durch seine Tätigkeit den allgemeinen Trend zur Schwächung der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften.

Durch Zulassung befristeter Arbeitsverträge im Beschäftigungsförderungsgesetz, durch weitgehend unkontrollierte Flexibilisierung der Arbeitszeit durch ein neues Arbeitszeitgesetz, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Jugendlicher werde die Aufspaltung der Be-

legschaften in eine Stammebelegschaft und in eine Randbelegschaft beschleunigt. Durch Beschränkung des Streikrechts in Paragraph 116 AFG und durch die geplante Versplitterung der Arbeitnehmervertretungen im Betrieb werde die kollektive Interessenvertretung in zunehmender Weise erschwert.

